

10.04.2018

## Kleine Anfrage 937

des Abgeordneten Alexander Vogt SPD

### **Bleibt die Landesregierung nach dem Facebook-Skandal untätig?**

Weltweit sollen 87 Millionen Facebook-Nutzer vom jüngsten Datenmissbrauch betroffen sein, darunter bis zu 310.000 Deutsche. Statistisch gesehen kommen davon rund 70.000 Nutzer aus Nordrhein-Westfalen. Die Folgen des Datenskandals enden also nicht an den Grenzen der USA, sondern reichen bis in unser Bundesland.

Eine einfache Facebook-App, die ursprünglich für wissenschaftliche Zwecke der Universität Cambridge gedacht war, reichte aus, um Zugriff auf sensible Daten von 270.000 App-Nutzern ebenso wie von deren Facebook-Freunden zu erhalten. Diese Daten griff die britische Datenanalysefirma Cambridge Analytica ab, um Nutzerprofile und Psychogramme zu erstellen und entsprechende personalisierte Facebook-Werbung zu schalten. Auf diese Weise hat das Unternehmen möglicherweise sowohl die US-Präsidentenwahl als auch das Brexit-Votum beeinflusst – und damit weitreichende Folgen für die Demokratie verursacht.

Zwar entschuldigte sich Facebook-Gründer Mark Zuckerberg bei allen Nutzern und kündigte zahlreiche Maßnahmen an, um einen solchen Missbrauch in Zukunft zu vermeiden. Dabei nahm Zuckerberg in erster Linie Drittanbieter wie Forscherteams in den Fokus. Sie sollen es zukünftig deutlich schwerer haben, mit Facebook zusammenzuarbeiten, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu erlangen. Das Geschäftsmodell von Facebook hingegen, die Daten der Nutzer zu sammeln, stellte Zuckerberg keineswegs zur Debatte. Schließlich nimmt Facebook mit personalisierter Werbung rund 40 Milliarden US-Dollar pro Jahr ein. Die eigentliche Problematik – der unzureichende Datenschutz im Zusammenspiel mit der unrechtmäßigen Datennutzung – fällt bei dem Lösungsangebot des Konzerns also unter den Tisch.

Aus Nutzersicht ist die entscheidende Frage, wie sie sich vor einem solchen Missbrauch schützen können. Durch intransparente und schwer verständliche Privatsphäre- und Sicherheitseinstellungen sowie eine inkonsequente Informationspolitik erschwert Facebook eine selbstbestimmte Verwaltung der persönlichen Datenweitergabe. Umso wichtiger sind gesetzliche Vorgaben und die Förderung der entsprechenden Medienkompetenz in der Bevölkerung.

Datum des Originals: 06.04.2018/Ausgegeben: 10.04.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Datenmissbrauch bei Facebook?
2. Welche Aktivitäten betreibt die Landesregierung bei Facebook (bitte unter Angabe der jeweiligen Adressen aller Facebook-Seiten von Ministerien und weiteren Organen der Landesregierung)?
3. Welche Vorgaben für Sicherheitseinstellungen macht die Landesregierung ihren Mitarbeitern, die Facebook-Aktivitäten vornehmen?
4. Sind Daten der Landesregierung oder von deren Mitgliedern von dem Datenkandal betroffen?
5. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Datenmissbrauch sowohl für ihre eigenen Facebook-Aktivitäten als auch für eine höhere Datensicherheit der Facebook-Nutzer in Nordrhein-Westfalen?

Alexander Vogt